

6.1 Gesetzliche Grundlagen und Lehrplan für den Religionsunterricht in Niedersachsen, Gemeinde 1

- A Zusammenfassung der Rechtsgrundlagen
- B Die organisatorischen Regelungen für den Religionsunterricht und den Unterricht Werte und Normen
- C Die niedersächsischen allgemein bildenden Schulen, 2002/03
- D Lehrplan des jüdischen Religionsunterrichts (keine Einsicht)

A Zusammenfassung

In Niedersachsen wird evangelischer und katholischer Religionsunterricht auf Basis des Artikels 7 Absatz 3 des Grundgesetzes und des §124 des niedersächsischen Schulgesetzes als ordentliches Lehrfach angeboten. Das Fach Werte und Normen fungiert alternativ als ordentliches Lehrfach. Generell gilt, dass Religionsunterricht als ordentliches Schulfach in allen Schulformen und –stufen benotet und damit versetzungsrelevant wird, wobei eine Mindesteinbringungsverpflichtung für das Abitur besteht. Der Unterricht ist konfessionsgebunden, steht aber für andere christliche Gemeinschaften, Andersgläubige und Konfessionslose offen. Der Unterricht unterliegt staatlicher Aufsichts- bzw. kirchlichem Einsichtsrecht. Hinsichtlich der Lehrerabsicherung existieren Gestellungsverträge mit ev. Landeskirchen und Bistümern. Unterricht auf Basis kirchlichen Rechts existiert nicht. Der Unterricht wird grundsätzlich zweistündig in der Woche erteilt. In der Oberstufe (Klasse 12 und 13) wird die Stundenzahl auf 3 im Grundkurs, auf 5 Stunden im Leistungskurs erhöht. Für den berufsbegleitenden Bereich gelten Sonderregelungen. Mindestens 12 Schüler sind für einen Religionsunterricht notwendig, die auch jahrgangsübergreifend (höchstens 2 Stufen) zu unterrichten sind.

B Die organisatorische Regelungen für den Religionsunterricht und den Unterricht Werte und Normen¹

1. Religionsunterricht und Werte und Normen als ordentliche Lehrfächer
 - 1.1 Der Religionsunterricht wird als evangelischer Religionsunterricht, katholischer Religionsunterricht oder Religionsunterricht eines anderen Bekenntnisses oder einer anderen Religionsgemeinschaft erteilt.

1.2 Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, gelten für den Religionsunterricht und den Unterricht Werte und Normen die gleichen Regelungen wie für die anderen Schulfächer. Das bedeutet insbesondere, dass der Religionsunterricht und der Unterricht Werte und Normen nicht stärker als andere Unterrichtsfächer von unvermeidbaren Kürzungen betroffen sein dürfen und dass es unzulässig ist, den Religionsunterricht oder den Unterricht Werte und Normen durch Konferenzbeschluss für einen bestimmten Schuljahrgang auszusetzen.

1.3 Bei der Aufstellung der Stundenpläne ist darauf zu achten, dass der Religionsunterricht und der Unterricht Werte und Normen nicht regelmäßig zu ungünstigen Zeiten, z. B. in Randstunden, erteilt werden.

1.4 Bei der Unterrichtsorganisation sind die Möglichkeiten von klassen- oder jahrgangsübergreifendem Unterricht zu nutzen. Die durchschnittliche Größe von Lerngruppen, die nicht Klassen sind, soll an allgemein bildenden Schulen die Hälfte des oberen Bandbreitenwertes nicht unterschreiten.

2. Einrichtung von Religionsunterricht

2.1 Sind an einer Schule mindestens 12 Schülerinnen und Schüler einer Religionsgemeinschaft vorhanden, so ist für sie Religionsunterricht vorzusehen, wenn das Land entsprechend § 125 des niedersächsisches Schulgesetzes mit der Religionsgemeinschaft Übereinstimmung über die Rahmenrichtlinien und über die Ausbildung der für den Religionsunterricht vorgesehenen Lehrkräfte erzielt hat.

2.2 Religionsunterricht kann auch dann eingerichtet werden, wenn die Mindestzahl von 12 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch Zusammenfassung der Schülerinnen und Schüler benachbarter Schulen erreicht wird. Voraussetzung ist, dass die Zusammenfassung nach den örtlichen und schulischen Gegebenheiten vertretbar ist.

3. Einrichtung des Unterrichts Werte und Normen

3.1 Vom 5. Schuljahrgang an ist der Unterricht Werte und Normen grundsätzlich dann einzurichten, wenn mindestens 12 Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme an diesem Unterricht verpflichtet sind.

3.2 Nr. 2.2 gilt entsprechend.

4. Teilnahme am Religionsunterricht

4.1 Wer einer Religionsgemeinschaft angehört, ist grundsätzlich verpflichtet, am Religionsunterricht seines Bekenntnisses oder seiner Religionsgemeinschaft teilzunehmen. Die Verpflichtung zur Teilnahme entfällt bei schriftlicher Abmeldung (§ 124 Absatz 2 Satz 3 des niedersächsischen Schulgesetzes)

4.2 Die Abmeldung soll möglichst zum Ende eines Schulhalbjahres erfolgen. Sie kann widerrufen werden.

4.3 Abweichend von Nr. 5.1 kann an einem Religionsunterricht teilnehmen, wer

4.3.1 keiner Religionsgemeinschaft angehört oder

4.3.2 sich vom Religionsunterricht seiner Religionsgemeinschaft abgemeldet hat, falls die Mehrheit der an der Schule tätigen Religionslehrkräfte der aufnehmenden Religionsgemeinschaft nach Beratung in der zuständigen Fachkonferenz zustimmt.

4.4 Ist an einer Schule für die Schülerinnen und Schüler einer Religionsgemeinschaft kein Religionsunterricht eingerichtet, weil

4.4.1 die Voraussetzungen nach Nr. 2. nicht gegeben sind oder

4.4.2 zeitweise keine Lehrkraft der betreffenden Religionsgemeinschaft zur Verfügung steht, so könnten diese Schülerinnen und Schüler entsprechend Nr. 4.3 am Religionsunterricht einer anderen Religionsgemeinschaft teilnehmen. Im Falle von 4.4.2 kann eine solche Regelung über ein Schuljahr hinaus nur mit Genehmigung der Schulbehörde gelten, die hierüber das Einvernehmen mit den ständigen kirchlichen Stellen herbeiführt.

4.5 Wenn für eine Klasse, eine Lerngruppe oder einen Schuljahrgang besondere curriculare, pädagogische und damit zusammenhängende schulorganisatorische Bedingungen vorliegen, die einen gemeinsamen Religionsunterricht für Schülerinnen und Schüler verschiedener Religionsgemeinschaften erforderlich machen, so kann die Schulbehörde einen entsprechenden Antrag der Schule im Einvernehmen mit den zuständigen kirchlichen Stellen genehmigen. Wird von den kirchlichen Stellen das Einvernehmen befristet erklärt, so ist auch die Genehmigung entsprechend zu befristen. Dieser Religionsunterricht ist schulrechtlich Religionsunterricht der Religionsgemeinschaft, der die unterrichtende Lehrkraft angehört und nach deren Grundsätzen der Religionsunterricht erteilt wird. Voraussetzungen für die Genehmigung sind die Zustimmung der beteiligten Klassenelternschaften und

die Zustimmung der in der Klasse, der Lerngruppe oder in dem Schuljahrgang unterrichtenden Religionslehrkräfte nach Beratung in der zuständigen Fachkonferenz ...

4.7 Nr. 4.6 gilt für Berufsschulen entsprechend.

5. Teilnahme am Unterricht Werte und Normen

5.1 Zur Teilnahme am Unterricht Werte und Normen sind diejenigen Schülerinnen und Schüler verpflichtet, die sich vom Religionsunterricht ihrer Religionsgemeinschaft abgemeldet haben oder keiner Religionsgemeinschaft angehören.

5.2 Schülerinnen und Schüler, die nach Nr. 4.3 am Religionsunterricht teilnehmen, sind abweichend von Nr. 5.1 nicht zur Teilnahme am Unterricht Werte und Normen verpflichtet.

5.3 Schülerinnen und Schüler, für die Religionsunterricht ihrer Religionsgemeinschaft nicht angeboten werden kann, sind nicht zum Besuch des Unterrichts Werte und Normen verpflichtet (§128 Absatz 1 Satz 2 des niedersächsischen Schulgesetzes)

6. Lehrkräfte für den Religionsunterricht

6.1 Religionsunterricht wird in der Regel erteilt von

- Lehrkräften mit der Lehrbefähigung oder einer durch Weiterbildungsmaßnahmen erworbenen Qualifikation für den Religionsunterricht und
- Geistlichen und katechetischen Lehrkräften gemäß den Gestellungsverträgen.

6.2 Im Bedarfsfall kann jede geeignete Lehrkraft, die eine Lehramtsprüfung abgelegt hat, mit ihrer Zustimmung beauftragt werden, Religionsunterricht zu erteilen. Die Nummern 6.3 und 6.4 bleiben unberührt.

6.3 Lehrkräfte, die evangelischen Religionsunterricht erteilen, müssen einer Kirche der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen angehören. Mitglieder von evangelischen Freikirchen können nur dann evangelischen Religionsunterricht erteilen, wenn die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen ausdrücklich ihre Zustimmung erteilt hat.

6.4 Lehrkräfte, die katholischen Religionsunterricht erteilen, bedürfen dazu der kirchlichen Bevollmächtigung (missio canonica).

6.5 Religionsunterricht für Angehörige von Religionsgemeinschaften, mit denen kein Gestellungsvertrag abgeschlossen ist, wird von Personen erteilt, die hierfür von den Religionsgemeinschaften vorgeschlagen werden.

Vor der Beauftragung prüft die Schulbehörde, ob die Eignung dieser Personen für die Unterrichtserteilung angenommen werden kann.

7. Lehrkräfte für den Unterricht Werte und Normen

7.1 Der Unterricht Werte und Normen soll vorrangig von Lehrkräften mit philosophischer, religions- oder gesellschaftswissenschaftlicher Ausbildung erteilt werden. Im Bedarfsfall kann jede geeignet Lehrkraft beauftragt werden, Unterricht Werte und Normen zu erteilen (§51 Absatz 1 Satz 2 des niedersächsischen Schulgesetzes).

7.2 Lehrkräfte, die Religionsunterricht erteilen, sollen nicht im gleichen Schuljahr für den Unterricht Werte und Normen eingesetzt werden.

8. Besondere Vorschriften für den Religionsunterricht und den Unterricht Werte und Normen in der gymnasialen Oberstufe und im Fachgymnasium

8.1 Erfüllung der Beleg- und Einbringungsverpflichtungen durch Religionskurse eines anderen Bekenntnisses und durch alternativ anrechenbare (polyvalente) Kurse.

8.1.1 Die Beleg- und Einbringungsverpflichtungen für Religion müssen mindestens zur Hälfte durch Teilnahme an Religionskursen des eigenen Bekenntnisses erfüllt werden. Im Übrigen können Religionskurse eines anderen Bekenntnisses oder ein polyvalenter Kurs besucht werden. Bei der Erfüllung der Beleg- und Einbringungsverpflichtungen durch Teilnahme an Religionskursen eines anderen Bekenntnisses oder an einem polyvalenten Kurs entfällt die sonst erforderliche Abmeldung vom Religionsunterricht.

8.1.2 Voraussetzung für die Teilnahme am Religionsunterricht eines anderen Bekenntnisses ist die Zustimmung der Mehrheit der an der Schule tätigen Religionslehrkräfte der aufnehmenden Religionsgemeinschaft nach Beratung in der zuständigen Fachkonferenz.

8.2 Abmeldung von Kursen in Religion

8.2.1 Wer sich vom Religionsunterricht seines Bekenntnisses abmeldet, ist zur Teilnahme an Kursen Werte und Normen verpflichtet. Diese Verpflichtung entfällt bei Teilnahme an Religionskursen eines anderen Bekenntnisses entsprechend Nr. 4.3.

8.2.2 Wird die Abmeldung vom Religionsunterricht des eigenen Bekenntnisses widerrufen, so wird höchstens ein Kurs Werte und Normen auf die Beleg- und Einbringungsverpflichtungen angerechnet. Ist Religion Prüfungsfach, so entscheidet hierüber die Fachkonferenz ...

8.3 Prüfende Lehrkraft im Abiturprüfungsfach Religion

Ist Religion Abiturprüfungsfach, muss die prüfende Lehrkraft eine Lehrkraft des betreffenden Bekenntnisses sein.

8.4 Mindestzahl für die Einrichtung von Kursen in Religion und Werte und Normen

Ein Kurs in Religion oder Werte und Normen soll nur bei einer Mindestzahl von acht Teilnehmerinnen und Teilnehmern eingerichtet werden. Nr. 1.4 Satz 1 gilt entsprechend ...

11. In-Kraft-Treten

Dieser Erlass tritt am 1. August 1998 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt treten die Bezugserlasse zu a und b außer Kraft.

C Die niedersächsischen allgemein bildenden Schulen in Zahlen, Stand Schuljahr 2002/03²

Der Schüleranteil nach Konfessionen³

	evangelisch %	röm.-kath. %	islamisch %	sonstige %	o. Angaben %
1985	69,0	20,8	2,4	1,6	6,2
1990	63,1	21,7	3,4	2,2	9,6
1995	60,1	20,6	4,1	2,9	12,3
2000	59,5	19,4	4,5	3,2	13,5
2002	59,5	19,1	4,7	3,3	13,5

D Lehrplan des jüdischen Religionsunterrichts

Ein Lehrplan wurde nicht zur Verfügung gestellt

¹ Organisatorische Regelungen für den Religionsunterricht und den Unterricht Werte und Normen: Erlass der Ministerkonferenz v. 13.01.1998 – 306-82 105 - VORIS (Niedersächsisches Vorschriften –Informationssystem) 22410 01 00 35 082 - Bezug: a) Erlass „Bestimmungen über den Religionsunterricht“ und den Unterricht „Werte und Normen“ v. 24.03.1982 (Schulverwaltungsblatt (SVBl), S. 58; berichtigt S. 92) zuletzt geändert durch Erlass v. 23.09.1993 (SVBl. S. 403; VORIS 22410 01 00 40 013) b) Erlass „Organisatorische Regelungen für den evangelischen und den katholischen Religionsunterricht in der gymnasialen Oberstufe und im Fachgymnasium“ v. 08.12.1981 (SVBl. S. 325, VORIS 22410 01 17 35 003); Vgl. Internetzugang des nieders. Kultusministeriums [Zugriff: Juni 2004].

² Vgl. ebenda

³ Der Schüleranteil nach Konfessionen in öffentlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft (Vgl. ebenda)